

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 16/8420 -**

Zusammenarbeit der EU mit Russland stärken

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt in ihrem Antrag fest, dass der neue Präsident Russlands, Dmitri Medwedjew, verstärkte Gesprächsbereitschaft mit den europäischen Partnern signalisiert hat. Aufgrund bestehender Einschränkungen demokratischer Grundprinzipien ist die Antragstellerin der Auffassung, dass eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten mit Russland dringend erforderlich ist, um die Beseitigung bestehender Hemmnisse auf außen-, sicherheits- und energiepolitischem und dem Gebiet von Demokratieentwicklung und Menschenrechten zu fördern.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, sich für die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland einzusetzen. Ferner soll sie die Intensivierung der technologischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorantreiben, sowie die Weiterentwicklung staatlicher Regelungen für gegenseitig gleichberechtigte, privatwirtschaftliche Investitionstätigkeiten und einer damit verbundenen Rechtssicherheit fördern. Die Bundesregierung solle sich zudem für die Stärkung der zivilgesellschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit engagieren. Ebenso soll auf die Einhaltung gültiger Prinzipien und Regeln von Europarat, OSZE und OHDIR hingewiesen werden. Darüber hinaus wird gefordert, dass sich die Bundesregierung der Intensivierung politischer Konsultationen in den verschiedensten Dialoggremien sowie allen außen- und sicherheitspolitischen Fragen widmet.

Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, sich im Rahmen von Europäischer Union und NATO für die umgehende Unterzeichnung und Ratifizierung des KSE-Vertrages durch Russland einzusetzen. Neben der Weiterführung der Konsultationen zur Verhinderung eines militärischen Wettrüstens sowie dem Vorantreiben der Realisierung der North-Stream-Pipeline soll sich die Bundesregierung insbesondere für die Ratifizierung diverser Zusatzprotokolle zur EMRK durch Russland einsetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

elektronische Vorab-Fassung*

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/8420 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juni 2008

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz	Dr. Karl-Theodor Frei- herr zu Guttenberg	Markus Meckel	Harald Leibrecht
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke	Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatter	Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht der Abgeordneten Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Markus Meckel, Harald Leibrecht, Wolfgang Gehrcke und Marieluise Beck (Bremen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/8420** in seiner 148. Sitzung am 6. März 2008 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 4. Juni 2008

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg

Berichterstatter

Markus Meckel

Berichterstatter

Harald Leibrecht

Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke

Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)

Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung*